

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 89 (1995)
Heft: 7-8

Artikel: Kirche im Dienste zweier Herren? : Der Entwurf der Kirchen "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland"
Autor: Ordnung, Carl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143917>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kirche im Dienste zweier Herren?

Der Entwurf der Kirchen «Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland»

Ende November 1994 haben die Evangelische Kirche in Deutschland und die katholische Deutsche Bischofskonferenz den Entwurf eines Wortes «Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland» der Öffentlichkeit übergeben und kirchliche wie nichtkirchliche Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen zur Diskussion eingeladen. Man will die Stellungnahmen sammeln und nach etwa einem Jahr als Ergebnis des Konsultationsprozesses einen endgültigen Text verabschieden. Carl Ordnung macht sich Gedanken über dieses Dokument, das zwar für eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft eintritt, im Kontext der Globalisierung der Märkte und des wachsenden Gefälles zwischen Arm und Reich jedoch hinter den Anforderungen der Zeit zurückbleibt. Der Verfasser ist überzeugt, dass sich die Armut wirksam nur bei gleichzeitiger Delegitimierung des Reichtums bekämpfen lässt.

Red.

Unerlaubte kirchliche Einmischung?

Einige Abschnitte des Entwurfs wurden schon im Sommer 1994 bekannt und von CDU/CSU scharf als unerlaubte kirchliche Einmischung in den Wahlkampf zugunsten der SPD zurückgewiesen. Wer jetzt den Text im ganzen liest, muss feststellen, dass er weit weniger revolutionär ist, als diese Reaktion vermuten liess. Es ist ein *redlicher Text*, der einige der bedrängendsten Probleme unserer Gesellschaft beim Namen nennt – und der dabei in einigen Punkten über bisherige kirchliche Stellungnahmen hinausgeht:

– Wenn er feststellt, dass Gott nach dem biblischen Zeugnis «immer wieder *Partei für die Schwachen*» ergreift, wohingegen bei dem «vom Interessenpluralismus bestimmten Miteinander» unserer Gesellschaft sowohl die «übergeordneten Interessen des Gemeinwohls» als auch die «Interessen sozial Schwacher und Benachteiligter» und besonders die «Belange der Entwicklung der armen Länder zu wenig berücksichtigt werden».

– Wenn er auf die «*zunehmende Armut und Verarmung* mitten in der Wohlstands-

gesellschaft» hinweist, die zur «Spaltung der Gesellschaft in solche, denen es gut und immer besser geht, und andere, die arm und benachteiligt sind», führt, was eine schwerwiegende «Anfrage an die gegenwärtige Praxis der Sozialen Marktwirtschaft» darstelle.

– Wenn er beklagt, dass das «Ziel einer *sozialorientierten Wohnungspolitik* weitgehend verfehlt» wurde und dass «Kinder in Familien mit mehreren Kindern und geringem Einkommen ein *Armutsrisiko*» sind.

– Wenn er fordert: «*Steuerhinterziehung* und missbräuchliche Steuerumgehung müssten als *sozialschädliches Verhalten* mit der gleichen Intensität aufgedeckt werden wie die unberechtigte und unbegründete Inanspruchnahme von sozialen Leistungen.»

Ob die Endfassung des Textes weitergehende Impulse bringt, darf bezweifelt werden. Denn im Diskussionsprozess werden unterschiedliche, ja gegensätzliche Positionen zu Wort kommen, die – im Sinne der beiden «Volkskirchen» – dann wohl harmonisiert werden müssen. Das eigentliche Verdienst des Entwurfs liegt darin, einen

öffentlichen Diskurs zu Grundfragen unserer Gesellschaft anzustossen und einzufordern, was von den staatstragenden politischen und wirtschaftlichen Kräften ganz offensichtlich gescheut, wenn nicht blockiert wird. In diesem Sinne möchte ich in drei Punkten zu einigen der aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.

Das Ende des «Fordismus» als Herausforderung der Sozialen Marktwirtschaft

1. Dem Entwurf geht es um eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft (SMW), die er an ihre Grenzen gekommen sieht. Er fordert die «Fortentwicklung des Sozialstaates» und unterstreicht: «Fortentwicklung heisst nicht Abbau, im Gegenteil, wir brauchen angesichts der beträchtlichen sozialen Probleme jetzt mehr Solidarität und nicht weniger.» Das ist löblich und verdient uneingeschränkt Unterstützung. Die Frage ist jedoch, ob die SMW nicht viel grundsätzlicher in Frage gestellt ist, als es im Text wahrgenommen wird, und ob sie deshalb nicht einer sehr viel *umfassenderen Erneuerung* bedarf.

Diese Infragestellung geschieht durch zwei weltverändernde Entwicklungen. In Deutschland (West) wurde die SMW konzipiert und verwirklicht, als sich nach 1945 der kapitalistische Wirtschaftstyp durchsetzte, der sich in den USA zwischen den beiden Weltkriegen herausgebildet hatte und mit dem *Namen Ford* verbunden ist. Er ist gekennzeichnet durch Rationalisierung des Produktionsvorgangs (Fließbandarbeit), preisgünstige Massenproduktion und eine relativ hohe Entlohnung, die Massenkraft hervorbrachte. Die Folge war wachsender Wohlstand breiter Schichten und die Integration der Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft. US-amerikanische Politiker betrachteten deshalb diesen «Fordismus» als wirksame Antwort auf die kommunistische Herausforderung.

Aber wie immer hören geschichtliche Entwicklungen nicht plötzlich auf; sie treiben weiter. Die Fließbandproduktion stiess bald an technische Grenzen. Der Pro-

duktivitätszuwachs wurde geringer. Der Konsum stagnierte. Das führte in den 70er Jahren zu ersten Erscheinungen von Massenarbeitslosigkeit. Denn in den Industrieländern begann die *dritte industrielle Revolution* zu greifen. Sie schuf in Gestalt computergesteuerter integrierter Fertigungsprozesse einen neuen hochtechnisierten Produktionstyp, durch den die menschliche Arbeitskraft zunehmend ersetzt wird. Während ein Teil der freigesetzten Arbeitskräfte zunächst im rasch wachsenden Dienstleistungsbereich Beschäftigung fand, greift die Computerrevolution jetzt immer mehr auch auf diesen Sektor über.

Für die SMW ist die Erwerbsarbeit zentral: als Basis für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Für sie ist Arbeitslosigkeit ein zeitlich begrenzter Ausnahmefall. Was aber wenn *Massenarbeitslosigkeit* wie in der Gegenwart zu einer *Dauererscheinung* wird? Was wird aus einer SMW, die ganz auf den Fordismus zugeschnitten war, wenn dieser Fordismus von wie immer auch zu definierenden postfordistischen Entwicklungen abgelöst wird? Der Text-Entwurf bezeichnet die Arbeitslosigkeit als das «gravierendste wirtschaftliche und soziale Problem» unseres Landes. Seine Vorschläge zu ihrer Überwindung mögen im einzelnen diskutabel sein, zu einer grundlegenden Erneuerung der SMW werden sie nicht führen, weil sie die hier beschriebene Grundherausforderung ignorieren.

Die Ohnmacht der Staaten angesichts der Globalisierung des Marktes

2. Der zweite Trend, der die SMW und den Sozialstaat bedroht, besteht in der rapiden Globalisierung und wechselseitigen Verflechtung der *Weltwirtschaft*. Klaus von Dohnanyi hat das im «Spiegel» (48/94) anschaulich geschildert: «Die sich immer schneller integrierende Weltwirtschaft gibt im Verhältnis zu den ordnenden Elementen der (Wirtschafts-)Politik den Chaos-Elementen des Marktes immer mehr Gewicht... Die nationalen Gesellschaften und ihr nationaler Staat können immer weniger

bestimmen, wie die Strukturen der Gesellschaft geformt sein sollen. Denn sie sind alle Teil des internationalen Wettbewerbsystems. Die alte Staatsmacht muss nahezu ohnmächtig zusehen, wie anonyme Kräfte der Konkurrenz im eigenen Haus zunehmend das Sagen bekommen... Reich und Arm werden durch diese Entwicklung immer akzentuierter voneinander getrennt und neue Arbeitslosigkeit droht den weniger Begünstigten.»

Wir sind also in zunehmendem Masse weltwirtschaftlichen Entwicklungen ausgeliefert, auf die wir nur geringen Einfluss haben. Wir sind gar nicht mehr Herr im eigenen Hause, wie der Text voraussetzt. Wie soll da in Deutschland eine neue Form von SMW Gestalt gewinnen können? Voraussetzung wäre wohl, dass es international Bestrebungen gäbe, der Weltwirtschaft *politische und soziale Rahmenbedingungen* zu setzen. Es geschieht aber eher das Gegenteil. «Wenn es keine oder nur schwache internationale Rahmenbedingungen für die Marktwirtschaft gibt», schreibt der Schweizer Sozialethiker Hans Ruh, «dann müssen die Unternehmen die Konkurrenzfähigkeit und Gewinnmaximierung als oberste Ziele anstreben. Damit verhalten sie sich aber katastrophal prozyklisch in bezug auf die heute schon bestehenden tiefgreifenden Schäden der Weltgesellschaft. Die Strategie der Rationalisierung z.B. setzt der heute schon bestehenden Arbeitslosigkeit noch eins drauf. Sie verschärft zudem die weltweite soziale Disparität, sie verschärft die Umweltprobleme und steigert durch sinnlose Produkte die Sinnlosigkeit in der Welt.»¹

Auch wenn für diese Problematik, die geradezu apokalyptische Dimensionen aufreißt, keine Patentantwort zur Hand ist, wie anders können Gegenkräfte geweckt und mobilisiert werden als dadurch, dass diese Situation bewusst und *öffentlich* gemacht wird. Wäre das nicht eine der wichtigsten Aufgaben der Kirche, die um die prophetische Tradition der Bibel weiss?

Übrigens: Wenn der Text, weil es ja um Deutschland geht, die Probleme der *Entwicklungsländer* ignoriert bzw. nur ganz

am Rande erwähnt, dann ist das nicht sachgemäss. Was die ungerechte, von den Industrieländern dominierte Weltwirtschaft im Süden unserer Welt an Verelendung, Naturzerstörung und kriegerischer Auseinandersetzung mitverursacht hat, schlägt immer nachhaltiger auf den Norden zurück. Aber während man den Flüchtlingsstrom an den Grenzen der EU zu stoppen versucht, nimmt man die Möglichkeiten ungehinderter Grenzüberschreitung in anderer Richtung gern wahr. Denn wer etwa Produktion in Billiglohnländer verlagern oder Teile seines Vermögens dem Zugriff der heimischen Steuer entziehen kann, für den bringt die Globalisierung zusätzlich Gewinn.

Keine Bekämpfung der Armut ohne Bekämpfung des Reichtums

3. Die Kirchen verschreiben sich mit dem Entwurf dieses Wortes mit Nachdruck dem *Kampf gegen die Armut*. Im heutigen Deutschland, so sagen sie, gibt es «offene und versteckte Armut in einem Umfang, der eine gezielte Politik der Armutsbekämpfung erforderlich macht». Dabei verweist man auf Untersuchungen von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, die ein rapides Anwachsen der Armut in den letzten Jahren registrieren. Was aber völlig ausgeklammert wird, das ist die Frage, wie im selben Zeitraum der Reichtum in Deutschland zugenommen hat. Als ob es keinen Zusammenhang zwischen Armut und Reichtum gäbe, wo doch schon die hebräische Bibel weiss, dass sich, was den Armen geraubt wurde, in den Häusern der Reichen wiederfindet. Der Prophet Jesaja (3,16) beschreibt mit dieser Feststellung keineswegs offenen Raub, sondern ökonomische Manipulationen wie Wucherzinsen, durch die die Reichen im alten Israel die Armen noch ärmer gemacht haben. Wie kann man also Armut bekämpfen, ohne gleichzeitig dem Reichtum den Kampf anzusagen?

In der alten BRD «konnte sich 1988 das obere Drittel der privaten Haushalte 57 Prozent des gesamten verfügbaren Haushaltseinkommens sichern, das mittlere Drittel kam auf 27 Prozent. Dagegen

musste sich das untere Drittel mit einem Anteil von 16 Prozent zufrieden geben».² Dabei gibt es in den drei Bereichen natürlich selbst wieder grosse Unterschiede. Inzwischen wurde diese Differenzierung bzw. *Polarisierung* nicht zuletzt durch die staatliche Finanz- und Wirtschaftspolitik weiter vorangetrieben.

– Die hohe *Staatsverschuldung* führt dazu, dass ein immer grösserer Teil des Steueraufkommens in Gestalt von Zinsen an die Vermögenden gezahlt werden muss, die einen Teil ihres Kapitals in Staatspapieren angelegt haben. In Zukunft werden also Steuerzahler, die nicht über Geldvermögen verfügen, mit ihren Steuern zunehmend die Ansprüche derjenigen befriedigen, die Geldvermögen besitzen.

– Da die Steuern auf Kapital weniger als ein Drittel dessen ausmachen, was der Arbeit aufgebürdet wird, bleiben reine *Kapitalanlagen* viel *lukrativer* als Investitionen in Arbeitsplätze (von denen jeder neue 200 000–300 000 DM kostet). Von 1988 bis 1992 stiegen die Einkommen aus Unternemertätigkeit nur um 22 Prozent, die Einkommen aus Vermögen um 97 Prozent.

– Die *Privatisierung* staatlicher Einrichtungen (Post, Bahn, Luftfahrt usw.) führt zu Preissteigerungen, die die wenig Begüterten zusätzlich belasten oder von diesen Dienstleistungen ganz ausschliessen, während Kindererziehung, Bildungseinrichtungen, die materielle Infrastruktur und alles andere, was keinen Profit bringt und deshalb unverkäuflich ist, weiterhin als Last auf den öffentlichen Haushalten liegt.

Das Ergebnis dieser Entwicklung, die mit Hilfe dieser Beispiele nur angedeutet werden konnte, ist eine immer bedrohlichere *Spaltung der Gesellschaft*, auf die auch der Text-Entwurf mehrfach hinweist. Nun war der Wohlstandszuwachs der Besitzenden von Geld- und Anlagevermögen auch in der Vergangenheit immer viel grösser als der der Lohnempfänger und -empfängerinnen. Im Laufe der Jahre potenzierte sich das auf beiden Seiten. Wenn aber die Unterschiede zu krass werden, bedrohen sie Demokratie und SMW. So wie sich die Demokratie gegen Extremismus abgrenzen

muss, so darf die SMW weder extreme Armut noch extremen Reichtum zulassen, wenn sie funktionieren will.

Es ist erstaunlich, dass schon die *Bibel* weiss, dass im Prozess des Wirtschaftens, des Austausches von Waren und Dienstleistungen mit Hilfe des Geldes, auf längere Sicht die einen Gewinner und die anderen Verlierer sind. Wie anders wären sonst die Überlegungen zu einem sog. *Erlassjahr* zu verstehen (3 Mose 25, 2 Mose 21 und 22)? Nach 7 bzw. 50 Jahren sollen der in Schuldknechtschaft geratene Volksgenosse freigegeben, der in wirtschaftlicher Not veräusserte Acker seinem ehemaligen Besitzer zurückgegeben werden. Das heisst doch wohl, dass nach einer bestimmten Zeit die Ergebnisse ungehinderten Wirtschaftens korrigiert und durch Umverteilung annähernd die alten Zustände wiederhergestellt werden – um der Gerechtigkeit willen. Die SMW kann als ein Versuch beschrieben werden, durch staatliche Rahmenbedingungen das Eintreten eines Zustandes zu verhindern, der um der Gerechtigkeit willen korrigiert werden müsste. Dabei hat sie offensichtlich die Macht ökonomischer Potenzen und vor allem die Macht des Geldes unterschätzt.

Der *Ökumenische Rat der Kirchen* will auf seiner nächsten Vollversammlung über das Erlassjahr und seine Bedeutung für uns heute nachdenken. Dabei wird er den wichtigsten Unterschied zwischen der damaligen und heutigen Situation bedenken müssen: Während das Altertum und das Mittelalter durch eine Art ökonomischer Stagnation geprägt waren, erleben wir ein für damalige Zeiten unvorstellbares Wirtschaftswachstum. Das heisst: Eine Wiederherstellung von sozialen Verhältnissen, wie sie vor 50 Jahren bestanden, wäre weder möglich (wie im Altertum), noch wünschenswert, selbst wenn man um der Bewahrung der Schöpfung willen das Wachstumstempo drosselte. Es kann auch nicht – wenn das überhaupt möglich wäre – um ökonomische und soziale Gleichmacherei gehen. Sie würde notwendige Antriebskräfte blockieren; und ausserdem widerspricht Uniformität allen sozialen Organismen.

Warum die Kirche schweigt

Scharfe *Kritik des Reichtums* ist ein wesentlicher Aspekt des Neuen Testaments. Jesus preist die Armen selig (Luk 6,20) und verflucht die Reichen (Luk 6,24). Er sieht im Reichtum Mächte wirksam, die sich verheerend auf das gesellschaftliche Zusammenleben auswirken. Das kann in unserer Gegenwart nachvollzogen werden. Was ist denn die Haupttriebkraft hinter der steigenden Kriminalität, dem Organhandel mit seinen verheerenden Folgen, der kommerziellen Ausbeutung des Geschlechtlichen, hinter dem Waffenhandel, der Umweltvergiftung und der immer neue Begierden erzeugenden Werbung – wenn nicht das Streben nach immer mehr Geld?

«Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon», sagt Jesus (Mt 6,24). Ich frage mich immer wieder, warum die Kirche, die in der Nachfolge dieses Jesus von Nazareth stehen will, heute an diesem Punkte so schweigsam ist. Es scheint, dass die Antwort immer noch in dem besteht, was Martin Dibelius bereits 1937 so formulierte: «Der Grund für dieses Versagen ist nach meiner Meinung vor allem darin zu suchen, dass die Kirche immer so nah mit den Mächten verbunden war, dass sie es nicht wagte, geistige Revolutionen zu entfesseln. Die Bergpredigt ist eine Schatzkammer radikaler geistiger Energie... Das Christentum war nicht revolutionär, sondern verhältnismässig konservativ, einige Kirchen mehr, andere weniger. Im Ganzen genommen wirkten sich die Kirchen Christi mehr als gutes statt als schlechtes Gewissen aus. Sie zogen es vor, die bestehende Ordnung der Welt zu unterstützen, anstatt sie zu kritisieren, die herrschenden Kräfte zu stärken, anstatt sich ihnen zu widersetzen.»³

Was heute not tut, ist eine moralische Delegitimierung des Reichtums. Und wer anders als die Kirche hätte die geistliche und moralische Autorität dazu? Es müsste klar gesagt werden, dass angesichts von Armut und Elend in der Welt *Reichtum ab einer bestimmten Grenze Sünde* ist, kriminell. «Wenn aber jemand dieser Welt Güter hat und sieht seinen Bruder darben und

schliesst sein Herz vor ihm zu, wie bleibt die Liebe Gottes in ihm» (1 Joh 3,17)? Die Evangelisch-methodistische Kirche formuliert in ihren Sozialen Grundsätzen: «Wir unterstützen alle Massnahmen, die Konzentration des Reichtums in der Hand weniger zu reduzieren.» Es geht um eine klare Begrenzung und Beschränkung des Reichtums. Angesichts der Macht des Geldes ist das sicher keine leichte Aufgabe. Aber es gibt erste Schritte in diese Richtung, so wenn SPD und Kreise der Regierung an Gesetzesvorlagen zur Einschränkung der *Macht der Banken* arbeiten. Oder wenn dem UN-Weltsozialgipfel der Vorschlag unterbreitet wurde, den grenzüberschreitenden Devisentransfer (der zu über 90 Prozent zu spekulativen Zwecken erfolgt) mit 0,5 Prozent zu besteuern.

Schliesslich erfolgt die Bekämpfung des Reichtums auch um der «Rettung» der Reichen selbst willen. Denn der Mammon deformiert auch seine Verwalter. Der amerikanische Historiker und Soziologe Christopher Lasch hat in seinem letzten Buch «Die Revolte der Eliten und der Verrat an der Demokratie» darauf aufmerksam gemacht, dass die *Bedrohung der Demokratie* nicht, wie der Spanier Ortega y Gasset meinte, vom «Aufstand der Massen» ausgehe, sondern «von den oberen Rängen der gesellschaftlichen Hierarchie, *von den Eliten*, die die internationalen Geld- und Informationsströme kontrollieren», die «glanzvoll schrill und manchmal geradezu unanständig verschwenderisch leben». Während man Adel am «Anspruch an sich selbst», an den Verpflichtungen und nicht an den Rechten, erkenne, sei «diesen Eliten der Glaube an die westlichen Werte verloren gegangen». Das zersetze die Gesellschaft moralisch. Auch deshalb kommt der Bekämpfung des Reichtums im Ringen um die Lösung der vielschichtigen sozialen Fragen unserer Zeit Priorität zu.

1 Zeitschrift für Evangelische Ethik, 1994, S. 135.

2 Erklärung von 120 Sozialwissenschaftlern zur «Solidarität am Standort Deutschland», Mai 1994.

3 Martin Dibelius, Botschaft und Geschichte, Berlin 1953, S. 151.